

Wird in Deutschland am Hindukusch verteidigt?

Am 27. Mai 2008 referierte Robert Schüler, der Geschäftsführer des Friedensbildungswerks in Köln und Ausbilder beim Bundesverband Mediation, über die weltweiten Einsätze der Bundeswehr.

Einige Friedenspolitiker und Insider sehen die Bundesrepublik Deutschland seit dem 12.09.2001 in einem Kriegszustand. Die Entsendung deutscher Kampfseinheiten nach Afghanistan erhält eine besondere Bedeutung in dieser Diskussion. Robert Schüler informiert in diesem Zusammenhang über die Hintergründe und die problematischen Auswirkungen der Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Vom „schleichenden“ zum „aktiven“ Kampfeinsatz“

Robert Schüler sieht in der Entsendung der Bundeswehr an den Hindukusch eine Verletzung der deutschen Verfassung, denn der Verteidigungsauftrag der Bundeswehr ist auf Deutschland beschränkt. Der NATO-Beitritt war als Unterstützung der NATO-Streitkräfte auf deutschem Boden zu sehen und nicht als Einsatz für Bundeswehrtruppen auf NATO-Gebiet.

Mit der 2002 getätigten Aussage des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck: „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“, zeigt sich nicht nur das Verlassen des NATO-Gebietes, sondern explizit eine Bekennung zu einer weltweiten Verteidigung und dem weltweiten Einsatz der Bundeswehr. Doch Schüler weist darauf hin, dass diese Entwicklung schon in früheren Einsätzen zu sehen war, die er als „schleichende Einsätze“ bezeichnet. Als erstes nennt er in diesem Zusammenhang den ersten Einsatz der Bundeswehr unter UN-Führung in Kam-

bodscha 1992, bei dem Deutschland zur sanitären Unterstützung diente. Eine Fortsetzung fand 1999 bei dem von der NATO durchgeführten Einsatz in Jugoslawien statt, in dem die Bundeswehr mit der deutschen Luftwaffe beteiligt war. Den ersten Kampfeinsatz seit dem Zweiten Weltkrieg hatte Deutschland dann im Kosovokrieg.

2003 wurde die Bundeswehr im NATO-Einsatz zur Unterstützung der Wahl in den Kongo entsendet. Im Jahre 2004 erfolgte der Hilfseinsatz „AMIS“ im Sudan, wo gambische Truppen und Ausrüstung in die Region Darfur transportiert wurden. Weiterhin sind seit 2001 Einsätze im Kampf gegen den Terrorismus durchgeführt worden. Exemplarisch wird hier auf den Marineeinsatz „Operation Eduring Freedom“ von 2001 in Somalia, den ISAF Einsatz 2003 von Deutschland und den Niederlanden in Afghanistan, die Unterstützung des US-Krieges gegen den Irak und der Einsatz der deutschen Marine im Zuge des Israel-Libanon-Konfliktes verwiesen. Schüler sieht in der Anzahl, der Begründung für die Kriege und in der Größe der Kontingente die klare Linie, dass Deutschland sich Schritt für Schritt dem aktiven Kampfeinsatz näherte.

Deutschland im Kriegseinsatz

Der Startschuss für den aktiven Kriegseinsatz liegt laut Schüler in der Absicht des Bundeswehrverbandes eine 240 Mann starke norwegische Einheit in Nord-Afghanistan durch eine deutsche Eingreiftruppe zu ersetzen. Schüler fordert in diesem Zusammenhang eine klare Stellungnahme der Regierung in der Öffentlichkeit bezüglich des Ausmaßes eines solchen Einsatzes. Er beruft sich auch auf NATO-Militärs, wenn er sagt: „Denn es

geht hier um kämpfen und schießen.“ Es würde den Medien leichter fallen, den wahren Kern einer solchen Unternehmung zu diskutieren, wenn die Öffentlichkeit über die Tragweite informiert wäre. Aber auch die deutschen Soldaten könnten sich moralisch und mental auf eine solche Unternehmung einstellen und müssten nicht so tun, als ob es keine aktiven Kriegseinsätze gäbe. Schüler weist darauf hin, dass dieses Dilemma aus Berichten von Soldaten und Kommandeuren immer wieder sichtbar wird. Während die Bundesregierung dir klare Zuweisung vermeidet, machen die militärisch Verantwortlichen den Soldaten deutlich, dass sie eine Kampftruppe und keine humanitäre Einheit sind, damit sie sich darüber bewusst werden und es verinnerlichen. Es dient ihrem Schutz, das Einsatzgebiet als Kriegsland wahrzunehmen und zu wissen, dass sie selbst als Kriegspartei wahrgenommen werden.

Effektivität der Auslandseinsätze

Doch erfüllen die Auslandseinsätze der Bundeswehr überhaupt ihren Zweck? Schüler machte deutlich, dass sehr wenig evaluiert wird. Die Frage nach Kosten/Nutzen Aufwand wird gar nicht erst gestellt, obwohl Bundeswehreinsätze im Ausland sehr teuer sind. Der Soldat kommt mit seiner Logistik z.B. beim bewaffneten Brunnenbohren deutlich teurer als der Entwicklungshelfer.

Auch die Frage nach der Wirkung der „Sicherung mittels Waffen“, zeigt für manche Friedensforscher und Konfliktbearbeiter, dass mit Waffen nicht das Ziel von Frieden und Entwicklung erreicht werden kann. Wer dieses Ziel erreichen will, sollte Maßnahmen und finanzielle Ausgaben forcieren, die dem Ausbau der Zivilgesell-

schaft dienen z.B. in personelle Ausstattung investieren.

Die Alternative: der „Zivile Friedensdienst“

Gerade der „Zivile Friedensdienst“ (ZFD) ist eine Alternative zu militärischen Einsätzen. Dort wirken staatliche und nichtstaatliche Träger zusammen, um Hass und Gewalt durch Verständigung zu unterbinden. Die Ziele sind friedliche Beilegung von Konflikten, Verhinderung von gewaltsamen Auseinandersetzungen und der Aufbau friedensfördernder Strukturen als Konfliktnachsorge. Dies geschieht durch die zeitlich befristete Mitarbeit von qualifizierten Fachkräften bei einer lokalen Trägerorganisation oder durch Qualifizierungs- und Trainingsangebote für Multiplikator/innen in den betroffenen Regionen. Der ZFD ist ein freiwilliger Dienst von lebens- und berufserfahrenen Personen im Rahmen des Entwicklungshelfergesetzes. In diesem Zusammenhang erwähnt Schüler seinen eigenen Einsatz in Äthiopien bei einem Mediationsprojekt im Auftrag der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Die Möglichkeit zur zivilen und gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten, ist in erster Linie der Verdienst der Grünen, insbesondere von Kerstin Müller und Winni Nachtwei. Von dem Ziel 500 Menschen einzusetzen ist der ZFD mit seinen 200 Friedensarbeitern noch entfernt, aber erste Erfolge sind bereits sichtbar. Denn dort, wo der ZFD arbeitet, wird lokal und regional schon ein friedliches Miteinander erreicht. Die große und globale Gewalt kann mit den Projekten nicht verhindert werden, aber sie sind ein deutliches Zeichen, dass eine Konfliktbearbeitung auch ohne Soldaten durchgeführt werden kann.